Gesetz-Sammlung

Königlichen Preußischen Staaten.

ne condition dans new No. 2.

(No. 393.) Erklarung wegen Aufhebung bes Abschoffes und Abzuges zwischen fammflichen Roniglich : Preugischen und Roniglich : Sannoverschen Landen. 16ten September 1816. ... omingertung mig a perelled (108 ale)

Nachdem die Königlich : Preußische Regierung mit der Königlich = Hannoverfchen babin übereingekommen ift, gegenseitig ben Abschoff und bas Abfahrtsgelb allgemein und ganglich aufzuheben; fo erklaren beide gedachte Regierungen, baß

1) bei feinem Bermogensausgang aus fammtlichen Roniglich : Preufischen Landen in die Koniglich - Sannoverschen Lande, oder aus diefen in jene. es mag fich folder Ausgang durch Auswanderung, ober Erbschaft, ober Legat, oder Brautschat, ober Schenfung, ober auf andere Urt ergeben. irgend ein Abschoß (gabella hereditaria) oder Absahrtegeld (census emigrationis) erhoben werden foll.

2) Daß die vorstehend bestimmte Freizugigkeit sich sowohl auf benjenigen Abichof und auf dasjenige Abfahrtsgeld, welches in die Landesherrlichen Raffen fliegen wurde, als auf benjenigen Abschof und auf basjenige Albfahrtsgelb erftrecken foll, welches in die Raffen der Stabte, Markte. Rammereien, Stifter, Rlofter, Gotteshaufer, Patrimonialgerichte und Rorporationen fliegen wurde.

Die Ritterautsbefißer in ben beiberseitigen refp. Roniglich : Dreufifchen und Roniglich = Hannoverschen Landen werden demnach, gleich allen Privatberechtigten in den gedachten ganden, ber gegenwartigen Bereinbarung untergeordnet, und durfen bei Erportationen in die gegenseitigen vorbenannten Lande weder Abschof noch Abfahrtsgeld fordern, noch nehmen.

3) Daß die Boffinmungen der obstehenden Urtikel I. und 2. fich auf alle jeto pendente und auf alle kunftige Kalle erftrecken follen.

4) Dag die Freizugigkeit, welche im obigen I., 2. und 3. Artikel bestimmt

ift, fich nur auf das Bermogen beziehen foll.

Es bleiben bemnach, biefes Uebereinkommens ungeachtet, Diejenigen Gefete in beiberfeitigen Staaten in ihrer Kraft befteben, welche bes Auswan= Jahrgang 1817. Dern=

bernden personliche Verpflichtungen zum Kriegsbienste betreffen, und wird auch für die Zukunft keine der beiden, die gegenwärtige Erklarung abgebenden Regierungen, in Ansehung der Gesetzgebung über die Pflicht zu Kriegsdiensten, beschränkt.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Majestät des Königs von Hannover, zweimal gleichlautend auszgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten Königlich=Preußischen und Königlich=Hannoverschen Landen haben. Berlin, den 16ten September 1816.

Der Staatskanzler C. Fürst v. Hardenberg.

(No. 394.) Erklärung wegen Ausbehnung ber feit 1812, zwischen ber Königlich = P usischen und ber Herzoglich=Sachsen=Koburgschen Regierung bestehenden Freiszügigsteits = Uebereinkunft auf sammtliche jetzige Königlich = Preußische und Herzoglich = Sachsen = Koburgsche Lande. Von 6ten Oftober 1816.

Renford desprise the grant was something a page of the confidence.

Da die Königlich = Preußische Regierung mit der Herzoglich : Sack sen = Ros burgichen Regierung dabin übereingekommen ift, daß gegenseitig ber Abschoß bei Erb= und Bermachtniffallen und bas Abfahrtsgeld in allen denjenigen Fallen, in welchen die Muswanderungen aus den Roniglich : Preufischen Landen nach den Berzoglich-Sachsen-Roburgschen Landen und aus diesen in jene erlaubt find, ohne Unterschied, ob die Erpebung bem Fiefo oder Privatberechtigten, Rommunen, oder Patrimonalgerichten zustehe, aufhören foll; fo erklaren jest beide gedachte Regierungen, daß die gedachte, zwischen ihnen am 10ten Februar 1812. abgeschloffene Freizugigkeits- Uebereinkunft, auch auf sammtliche jetige jum deutschen Bunde gehörige, und zu demfelben nicht gehörige Roniglich-Preugische Staaten ausgedehnt fenn, und daß in allen benjenigen innerhalb ber Roniglich : Preußischen Staaten jest etwa anhangigen und funftig vorkom= menden Erbichafts., Bermachtniß = und Bermogens : Erporations : Fallen, wo bie Berabfolgung nach den Bergoglich : Cachfen : Roburgschen Landen, und in allen bergleichen Källen, mo bie Berabfolgung aus biefen nach jenen geschieht, in Gemäßheit der gegenwärtigen Uebereinkunft verfahren werden foll.

Gegenwärtige, im Namen Gr. Majestät des Königs von Preußen und Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs zu Sachsen-Roburg, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Aus-wechselung, Kraft und Wirksamkeit in gesammten Königlich-Preußischen und Herzoglich-Sachsen-Roburgschen Landen haben. Berlin, den 6. Oktober 1816.

maginaloid, proposonit su meioritis C. Fürst be Hardenberg.

(No. 395.)

(No. 395.) Erklärung wegen Ausbehnung ber seit 1812. zwischen ber Königlich = Preußifchen und Herzoglich = Naffauischen Regierung bestehenden Freizügigkeitste
Maffauische Länder. Bom 31sten Oktober 1816.

Die Königlich- Preußische Regierung und die Herzoglich- Nassauische Regierung sind mit einander dahin übereingekommen und erklären hiemit; daß gegenseitig der Abschoß bei Erb- und Vermächtniß-Fällen, und das Absahrtsgeld in allen densenigen Fällen, in welchen die Auswanderungen aus den Königlich- Preußischen nach den Herzoglich- Nassauischen Landen, und aus diesen in jene erlaubt sind, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fiskus oder Privatberechtigten, Kommunen oder Patrimonialgerichten zustehe, aufhören soll, und daß die dieserhald im Jahre 1812. zwischen der Königlich- Preußischen- Regierung und der Herzoglich- Nassausschen Regierung abgeschlossene Uebereinfunft, auf sämmtliche jetz ge Königlich Preußische und Herzoglich- Nassaussche Lande Anwendung sinden, daß mithm in allen denjenigen, innerhald der resp. Königlichen und Herzoglichen Lande, jetzt etwa anhängigen und künftig vorkommenden Erbschafts-, Vermächtniß- und Vermögens- Verabfolgungß-Fällen auß dem einen in den andern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinfunft verfahren werden soll.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Gremplarien, von dem resp. Königlich-Preußischen und Herzoglich- Nassausschen Ministerium vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, ben 31ften Oftober 1816.

Der Staatskanzler C. Fürst p. Hardenberg.

(No. 396.) Publikandum wegen wechfelseitiger Aushebung des Abschoffes und Abfahrtsgesdes zwischen den Koniglich : Preußischen Staaten und den Fürstlich-Waldeckschen Landen. Vom 22sten Dezember 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Urkunden und bekennen hiermit für Uns und Unsere Nachfolger, daß Wir mit Seiner Durchlaucht dem Herrn Fürsten von Waldeck wegen gegenseitiger Aushebung des Abschosses und Abfahrtsgeldes, einen Freizügigkeits-Vertrag folgenden Inhalts abgeschlossen haben:

Artifel I.

Bei keinem Bermogens : Ausgang aus Unsern Landen in die Fürstlich= B 2 Wal=

Balbeckschen Lande, ober aus diesen in jene, es mag fich folcher Musgang burch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschat, oder Schenfung, ober auf andre Urt ergeben, foll irgend ein Abichof (gabella hereditaria) oder Abfahrtsgeld (census emigrationis) erhoben werden.

Artifel 2.

Diefe Freizugiafeit foll fich sowohl auf denjenigen Abschof und auf dasjenige Abfahrtsgeld, welche in die landesherrlichen Raffen fliegen wurden, als auf benjenigen Abschoß und auf basjenige Abfarthsgeld erstrecken, welche in Die Raffen der Stadte, Martte, Rammereien, Stifter, Rlofter, Gotteshanfer, Patrimonialgerichte und Korporationen fließen wurden.

Die Rittergutsbesiter in den beiderfeitigen resp. Unfern und den Fürstlich-Walbeckschen Landen werden demnach, gleich allen Privatberechtigten in den gebachten Landen, ber gegenwartigen Bereinbarung untergeordnet, und burfen bei Exportationen in die gegenseitigen porbenannten Lande, weder Abschoff,

noch Abfarthsgeld fordern, noch nehmen.

Artifel 3. Andreis sond standig it sinf

Die Bestimmungen ber vorstehenden Art. I. und 2. follen fich auf alle jest anhängige und auf alle kunftige Källe erstrecken.

ar onn tArtifel. 14 Am bus nolling spaniple soull

Die in den obigen Artikeln I. 2. und 3. bestimmte Kreizugigkeit foll fich nur auf das Bermogen beziehen. Es bleiben demnach, diefer lebereinkunft ungeachtet, diejenigen Koniglich- Preußischen und Fürstlich : Walbectschen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, welche die Person bes Auswanbernden, feine perfonlichen Pflichten, feine Berpflichtungen jum Rriege= dienste betreffen, und welche jeden Unterthan bei Strafe auffordern, vor ber Auswanderung um Bewilligung derfelben feinen Landesherrn, der vorgeschriebenen Ordnung gemäß, zu bitten.

In dieser Hinsicht soll auch für die Zukunft in dieser Materie der Gesetze, über die Pflicht zum Rriegsbienste und über die perfonlichen Pflich= ten ber Auswandernden, feine ber beiben bie gegenwärtige Konvention abgefchloffen habenden Regierungen, in Ansehung der Gesetgebung in den resp.

Landen beschränkt werden.

skingplobely in 119

Die Auswechselung und Befanntmachung biefer urfundlich von Une, unter beigedrucktem Koniglichen Inflegel eigenhandig unterschriebenen Freijugigfeits Ronvention tragen Wir Unferm Staatskanzler auf.

Gegeben Berlin, ben 22ften Dezember 1816. salbert wegen generates

essentiated and lighter Landon in the filterials

Friedrich Wilhelm.

C. Fürft v. Hardenberg.

(No. 397.) Erklärung wegen Aufhebung des Abschoffes und Abfahrtsgelbes zwischen fammtlichen Königlich = Preußischen und Großherzoglich = Sachsen = Weismarschen Landen. Bom 23sten Dezember 1816.

Dachdem die Königlich-Preußische Regierung mit der Großherzoglich-Sachfen-Weimarschen Regierung darüber übereingekommen ist, gegenseitig den Abschoß und das Absahrtsgeld aufzuheben; so erklären jest beide gedachte

Regierungen, daß:

1) bei keinem Vermögensausgang aus den Königlich = Preußischen Landen in die Großherzoglich = Sachsen = Weimarschen Lande, oder aus diesen in jene, es mag sich solcher Ausgang durch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschaß, oder Schenkung, oder auf andere Art erzeben, irgend ein Abschoß (gabella hereditaria) oder Absarthsgeld

(census emigrationis) erhoben werden foll.

- 2) Daß die vorstehend bestimmte Freizügigseit sich sowohl auf benjenigen Abschoß und auf dasjenige Absahrtsgeld, welche in die landesherrlichen Rassen sließen würden, als auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Absahrtsgeld erstrecken soll, welche in die Rassen der Städte, Märkte, Rämmereien, Stifter, Rlöster, Gotteshäuser, Patrimonialgerichte und Rorporationen sließen würden. Die Rittergutsbesitzer in den beiderseitigen resp. Königlich-Preußischen und Großherzoglich-Sachsen-Weimarschen Landen werden demnach, gleich allen Privatherechtigten in den gesdachten Landen, der gegenwärtigen Vereinbarung untergeordnet, und dürsen bei Exportationen in die gegenseitigen vorbenannten Lande weder Abschoß noch Absahrtsgeld fordern, noch nehmen.
- 3) Daß die Bestimmungen der obenstehenden Artikel I. und 2. sich auf alle jest anhängige und auf alle kunftigen Källe erstrecken sollen.

4) Daß die Freizügigkeit, welche im obigen Isten, 2ten und 3ten Artikel

bestimmt ift, sich nur auf das Vermögen beziehen foll.

Es bleiben demnach, dieses Uebereinkommens ungeachtet, diesenigen Roniglich-Preußischen und diesenigen Großherzoglich-Sachsen-Weimarschen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, welche die Person des Auswandernden, seine personlichen Pflichten, seine Verpflichtungen zum Kriegsdienste betreffen, und welche jeden Unterthan bei Strase auffordern, vor der Auswanderung um die Bewilligung dersselben seinen Landesherrn, der vorgeschriebenen Ordnung gemäß, zu bitten.

Es wird auch für die Zukunft in dieser Materie der Gesetze, über die Pflicht zum Kriegsdienste und über die personlichen Pflichten des Auswandernsten, keine der beiden die gegenwartige Erklarung abgebenden Regierungen,

in Unfebung ber Gefetgebung in ben resp. Landen beschrankt.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestat des Königs von Preußen; und Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen=Weimar zwei=

mal gleichkautend ausgefertigte Erklarung foll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechtelung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten Königlich = Preußi= schen und Großherzoglich = Sachsen = Weimarschen Landen haben.

Berlin, den 23sten Dezember 1816.

ned gitiefnegen ist neumodennierodu rediene Der Staatskanzlermiele und ethonden edied iger neuklitze er inededu. C.o Fürste v. Hardenberg. Spille

(No., 398.) Erklärung wegen Ausbehnung ber seit 1811. zwischen ber Königlich preußis schen Regierung und der Herzoglich Anhalts Dessauschen Regierung bestes henden Freizügigkeite-Uebereinkunft, auf sammtliche jezige Königlich Preussische und Herzoglich Anhalts Dessausche Ander Wom 23sten Dezember 1816.

T) bei keinem Berendgenkausgang und ben Königlich Mrengischen Landen

Die Koniglich-Preußische Regierung und die Herzoglich-Unhalt-Deffauische Regierung find mit einander babin übereingekommen und erklaren biermit:

Daß gegenseitig der Abschoß bei Erb= und Bermächtnißfällen und das Abfahrtsgeld in allen benjenigen Fällen, in welchen die Auswande=rungen aus den Königlich=Preußischen nach den Herzoglich=Anhalt: Dessauisschen Landen, und aus diesen in jene, erlaudt sino, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fissus oder dem Privatberechtigten, Kommunen oder Patrimonalgerichten zustehe, aufhören soll, und daß die dieserhalb im Jahre 1811. zwischen der Königlich=Preußichen und der Herzoglich=Unhalt=Dessausschen Regierung abgeschlossene Uebereinkunft auf sämmtliche jetzige Königlich=Preußische und Herzoglich=Unhalt=Dessaussche Lande Anwendung sinsben, das mithin in allen denzenigen, innerhalb der resp. Königlichen und Herzoglichen Lande jetzt etwa anhängigen und künstig vorkommenden Erbschafts=, Bermächtniß= und Vermögens=Verabsolgungsfällen aus dem einen in den anz dern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinfunft versahren werden soll.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplaren von dem Königlich- Preußischen Ministerium und von der Herzoglich-Unhalt-Dessauischen-Landesregierung vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

and Einer Reminister Soldier for Graffingulla day Soldier and American

Berlin, den 23sten Dezember 1816.

Der Staatskanzler C. Fürst v. Hardenberg.

(No. 399.) Berordnung, betreffend die Tobeserklarung berjenigen Militairperfonen, beren Tob in den letten Rriegen wahrscheinlich erfolgt ift, aber nicht erwiesen werden and Hold med tann, imgleichen die Befugnif ber Chefrauen ber nicht guruckgetehrten Militairpersonen, auf Scheidung anzutragen. Bom 13ten Januar 1817.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Inaden, König von Preußen ze. ic. die ersch aus fügen hiermit zu wissen:

Aus den beiden letzten Kriegen sind mehrere Militairpersonen zu ihren Kamilien nicht guruckgefehrt, die entweder in diefen Kriegen ihren Tob gefunben haben, ohne daß folcher ftreng nachgewiesen werden kann, ober die aus unzulaffigen Grunden noch ferner von ihrem fonftigen Wohnorte entfernt bleis ben, und ihren jetigen Aufenthalt verfchweigen.

Die Beforderung bes bauslichen Boblstandes und Familiengluckes macht es nothwendig, ben guruckgebliebenen Chefrauen und Ungehörigen folcher Dilitairpersonen die Mittel zu erleichtern, wodurch sie den nachtheiligen Folgen ber Ungewißheit über das Leben des Abwesenden, oder über seinen bermaligen

Aufenthalt vorbeugen fonnen. Wir verordnen bemnach Folgendes:

I bild ourperson burch einen aber alle Eine

Es foll bei der Borschrift des Candrechts Theil II. Tit. 1. S. 35., wornach es zum Beweise des Todes hinreicht, wenn Jemand im Kriege eine schwere Bunde erhalten hat, und innerhalb eines Jahres nach geschloffenem Frieden von feinem Leben oder Aufenthalt feine Nachricht eingegangen ift, noch ferner verbleiben-

Rats logis smith mi Same Son 72. Wenn feine schwere Verwundung nachgewiesen, burch ein Atteft bes Rommandeurs oder Regiments-Chefs aber bescheiniget ift, daß eine Militair= person im Rriege verwundet worden, oder daß eine Krankheit fie befallen habe, und daß fie wegen diefer Berwundung oder Krantheit zum Lagareth bestimmt worden, ferner daß dieselbe bis jest als wiederhergestellt sieh nicht gemeldet habe; so foll der Chefrau und den Bermandten freifteben, auf eine Ediftal= Borladung und Todes-Erklarung mit Beffimmung eines breimonatlichen Termins und dreimaliger Bekanntmachung deffelben in ben öffentlichen Blattern alsbann anzutragen, wennein der Zwischenzeit auch fonft keine Nachricht von bem Leben und Aufenthalte des Berwundeten oder Kranken eingegangen ift.

has bee Abraciande ber Deferson Mulbig gennacht, so mid Eine gleiche Befugniß stebet der Chefrau und den Verwandten einer solchen Militairperson zu, von welcher durch ein Attest des Rommandeurs ober Regiments= Chefs nachgewiesen ift, daß dieselbe nach einer Schlacht, einem Gefechte, Schar= mutel oder Ruckzuge, imgleichen nach einem ausgeführten oder fehlgeschlagenen Sturm auf eine Festung, Schange, Batterie, auf ein Lager oder einen fonstigen Plat, wobei sie gegenwartig gewesen, vermist worden, und daß seit dieser Zeit keine weitere Nachricht von ihr eingegangen seben us hand W

6. 4.

(No. 399.) Versehnung Hatzfrid bie Topserft rung bergentlich Militare erfolen, beren Tob

Eben dasselbe findet statt, wenn zwei andere Militairpersonen bezeugen, daß sie den Vermißten in der Aftion haben fallen sehen, und wenn von dem Leben oder Aufenthalte einer solchen gefallenen Person auch sonst nichts in Erfahrung gebracht ist.

Was in vorstehenden § I bis 4. von Militairpersonen überhaupt verordnet ist, das gilt nicht nur von Ober= und Unter=Offizieren und gemeinen Soldaten, sondern auch von Kriegesbeamten, Knechten, Schanz= und andern Arbeitern, im= gleichen von dem Gesinde der Militairs, und von allen solchen Personen, welche dem Lager und der Armee folgen mussen.

Den Gerichten liegt ob, in allen diesen Fällen J. 2 — 5. auf den Antrag der Ehefranen und der Verwandten die Ediktal-Vorladung zu verfügen, und auf die Todeserklärung nach Lage der Akten zu erkennen. Es versteht sich jedoch von selbst, daß diesenigen, welche die Todeserklärung in Antrag gebracht haben, vor der Abkassung des Erkenntnisses, nach Anleitung der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Tit. 37. S. 10. No. 3. nochmals vernommen, und zur eidlichen Bestärfung ihrer Angabe, daß sie von dem Leben und Aufenthalte des Vorgeladenen teine Nachricht erhalten haben, angehalten werden müssen.

Ist der wirklich erfolgte Tod der Militairperson durch einen, über alle Einwendung erhabenen Zeugen nachgewiesen; so soll der Beweiß dieses Todes für vollständig geführt erachtet werden, wenn diese Bescheinigung noch durch den S. 6. erwähnten Eid dessenigen bestätiget wird, der bei der Beweisführung dieses Ablebens das nächste Interesse hat.

Diese Vorschrift gilt nicht blos für Fälle ans den letzten beiden Kriegen, sonbern auch für alle frühere und künftige Fälle eines im Kriege erfolgten Todes.

Rann die Chefrau eines Militairs keine der vorerwähnten Bescheinigungen beibringen; so soll ihr doch erlaubt seyn, auf Trennung der Ehe wegen bößlicher Berlassung, und zu diesem Behuf auf Ediktal= Citation alsdann anzutragen, wenn der Chemann innerhald eines Jahres nach geschlossenem Frieden nicht zurückgekommen ist, noch von seinem Leben und Ausenthalt Nachricht gegeben hat, auch von dem Chef des Regiments, bei welchem der Chemann zulest gestanden, die Abwesenheit desselben bescheiniget ist, und soll in diesem Falle, ohne weitere Bescheinigung des Vorsatzs der böslichen Verlassung, nach Vorschrift der Allg. Gerichtspordnung Theil I. Tit. 40. SS. 59. und 60. versahren werden.

Hat sich der Abwesende der Desertion schuldig gemacht, so kindet in Absicht ber, der zurückgebliebenen Chefrau zustehenden Befugniß, auf Trennung der Ehe anzutragen, die Borschrift des §. 80. des Anhanges zum Allg. Landrecht Anwendung. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucksem

Königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, ben 13ten Januar 1817.

(L.S.) Friedrich Withelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Kircheisen. Grafv. Bulow. v. Schuckmann. W. Fürst zu Wittgenstein. v. Vonen.